

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 17 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 16 000 M. Bei Postbezug
monatlich 17 060 M. Unter Streifband in Polen monatlich 24 000 M., in Deutsch-
land und Danzig 18 000 deutsche M. — Einzelnummer 1500 M. — Bei höherer
Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausspernung hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonialsäule 800 Mark, für
die 90 mm breite Reklamezeile 3200 Mark. Deutschland
und Freistaat Danzig 800 bzw. 3200 deutsche Mark. — Bei Plakatvorrichtung und
schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich
erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 2000 M. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postlestellkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 173.

Bromberg, Donnerstag den 2. August 1923.

47. Jahrg.

Die Not der deutschen Schule in Polen.

Begründung des Dringlichkeitsantrages der
Deutschen Fraktion um unverzügliche Einbringung
eines Gesetzentwurfes über die Minderheitsschulen
in Polen.

Nede des Abgeordneten Utta.

Hohes Haus! Ich ergreife das Wort zur Begründung
des Antrages nicht um einer Demonstration oder eines
anderen Ziels willen, sondern um die Aufmerksamkeit des
Hohen Hauses auf den trostlosen Zustand zu lenken,
in welchem sich unser deutsches Schulwesen befindet
und um zu gleicher Zeit auf die Folgen aufmerksam zu
machen, die die weitere Duldung dieser Zustände nach sich
ziehen muss. Vorweg darf ich bemerken, daß die gestrige Be-
hauptung des Unterrichtsministers Gąbiński, wir
sträubten uns gegen den Unterricht der polnischen Sprache
in unseren Schulen, vollständig unbegründet ist.
Herr Minister, woher diese Behauptung? Wer hat etwas
ähnliches verlangt, und wann sollte das geschehen sein? Ganz
im Gegenteil, wenn Sie uns den Unterricht in polnischer
Sprache als Lehrgegenstand verwehren wollten, so würden
wir uns damit niemals einverstanden erklären. Bis zu
diesem Augenblick haben wir uns hier in diesem Hohen
Hause äußerste Reserve auferlegt, weil wir überzeugt
waren, daß die Zentralbehörden auf dem Boden der Rechts-
ordnung, der Verfassung und der Internationalen Verträge
stehen. So haben sich die Mitglieder unserer Fraktion da-
rauf beschränkt, wie schon im Gesetzgebenden Sejm, so auch
gegenwärtig die Regierung nur durch Interventionen, In-
terpellationen und durch Übermittlung der Beschwerden der
Bevölkerung auf die bestehende Rechtslosigkeit und Willkür
und auf die Methoden zur Errichtung des deutschen
Schulwesens in Polen, aufmerksam zu machen,
welche die Ortsbehörden in allen Teilstädten Posens zur
Anwendung bringen. Schon seit vier Jahren fordern
wir erfolglos eine einheitliche Regelung unseres
Schulwesens durch Gesetz. Leider haben wir erkennen
müssen, daß auch die Zentralbehörden keine Neigung zeigen,
diesen unseren selbstverständlichen Wunsch zu berücksichtigen,
ein Wunsch, der sich doch nur auf die Verfassung und auf
die Verpflichtungen stützt, die der polnische Staat in
seinerlichen Verträgen auf sich genommen hat. Die Regierung
berücksichtigt nicht einmal die einschlägigen Beschlüsse der
Sejmkommission. Bis heute ist das schon vor Monaten von der Sejmkommission geforderte Gesetzesprojekt
über die Minderheitsschulen nicht vorgelegt. Mit Erstaunen
hören wir gestern die Erklärungen des Herrn Ministers
Gąbiński, daß er zwar im Ministerium das fertige
Gesetzesprojekt vorgefunden habe, daß er es
aber nicht für angebracht gehalten hätte, das Projekt vorzu-
legen, weil noch kein Gesetz für die Schulen der Mehrheit
bestehe.

Aber Herr Minister, bitte nehmen Sie doch das Gesetz
Ihres Reiffs vom 19. April 1922 zur Hand, gleich auf der
zweiten Seite werden Sie ausführliche Bestimmungen über
die Gründung und Erhaltung der öffentlichen Schulen fin-
den. In Art. 18. dieses Gesetzes aber ist ausdrücklich ge-
sagt, die Gründung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen
für die völkischen und religiösen Minderheiten der
Republik wird ein besonderes Gesetz regeln. Also in Ver-
folg der für die Bevölkerungsmehrheit geschaffenen Be-
stimmungen soll das Gesetz über die Minderheitsschulen als
unbedingt notwendiges Korrelat folgen. Gerade deshalb,
weil dieses Gesetz fehlt, haben die Aufsichtsräte und Schul-
räte bei der Schaffung des Schulwesens die deutschen Schulen
zu unrecht mit hineingezogen. So ist es zu Meinungsver-
schiedenheiten, Streitigkeiten und Reibungen mit sehr un-
angenehmen Folgen gekommen. Damit muß ein Ende ge-
macht werden, und das noch immer ausstehende Gesetzes-
projekt muß baldmöglichst vorgelegt und durchverhandelt werden.
Wenn Sie, meine Herren, das nicht tun, so werden Sie
Ihre Passivität durch keine Ausreden be-
hören können. Jeder vernünftig denkende Mensch
wird aus Ihrem Verhalten den Schluss ziehen, daß Sie,
meine Herren, noch vor Schaffung des Minderheitenschul-
gesetzes unsere Schule vollständig zerstören wollen.
Dieser Gedanke drängt sich um so mehr auf, wenn man
sieht, daß die Regierung unsere Beschwerden über die
Tätigkeit der Schulbehörden in der Provinz schon seit län-
gerer Zeit unentnötigt läßt, oder daß sie ihre Antworten auf irreführende, mit der Wirklichkeit nicht
übereinstimmende Angaben eben dieser Behörden stützt,
gegen deren Tätigkeit sich die Beschwerden richten. Die
höheren Beamten interpretieren die bestehenden Vorschriften
in einer mit ihrem Geist und Sinn nicht überein-
stimmenden Weise.

In letzter Zeit hat der Kampf gegen unsere Schule
nie dagewesene Formen angenommen.

Einem unserer Abgeordneten, der bei einem höheren, in
verantwortlicher leitender Stellung stehenden Beamten
dafür eintrat, einen deutschen Lehrer auf seinem Posten zu
befassen, wurde geantwortet, „für mich ist es ganz
gleichgültig, ob die deutschen Kinder Unterricht erhalten oder nicht.“ Und einzelne Schul-
inspektoren erklären offen, daß für sie keine Vorschriften
über die deutschen Schulen existieren.

Meine Zeit ist zu sehr beschränkt, daß ich dem Hohen
Hause weitere Fakta oder auch nur charakteristische Einzel-
heiten aus den uns täglich duhend meiste zugehenden
den Geschweden mitteilen könnte. In der Kommission
werde ich gern mit reichlichem Material dienen. Willkürakte
und Schikanen, Terror und ein unzulässiger Druck auf die
Lehrerschaft, Versegungen der Lehrer und Entlassungen
ohne vorangegangenes Disziplinarverfahren werden dem
einen Ziel dienstbar gemacht, die deutsche Unter-
richtssprache aus den Schulen zu verbannen.
Entgegen Art. 18 des vorerwähnten Gesetzes werden ganze
Schultheiten mit deutscher Unterrichtssprache unter die
einzelnen Abteilungen einer vielfältigen polnischen Schule
verteilt. Entgegen den bestehenden Verord-
nungen der polnischen Behörden wird auf Grund irgend-

einer alten Entscheidung des russischen Senats den deutschen
Schulen das vor Jahrzehnten und vor Jahrhunderten er-
worbenen und durch all die Zeit benutzte und erhaltene Eigen-
tum fortgenommen.

Im ehemals preuß. Teilgebiet wird in dieser für die
deutsche Minderheit ohnehin so schwierigen Übergangszeit
Schulleitern und Lehrern die polnische Staats-
angehörigkeit abgesprochen und Gefühe auf Ver-
leihung des Staatsbürgerechts werden auch dann abgelehnt,
wenn die Petenten schon ein Jahrzehnt an ihren
Schulen arbeiten. Den deutsch-evangelischen
Geistlichen wird, obwohl sie eine abgeschlossene höhere
Lehrausbildung besitzen und obwohl sie nach Beendigung
ihrer pädagogischen Studien das Recht zur Schulaufsicht er-
worben hatten, das Recht zur Leitung von Privatschulen
abgesprochen, während Geistlichen politischer Nationalität mit
weit mangelhafterer Fachausbildung die Schulleitung
gestattet wird. Den deutschen Privatschulen werden
unerhörte Schwierigkeiten bei Anerkennung der Ab-
gangsprüfung gemacht.

In Oberschlesien wenden die ehemaligen Aufständischen
Terror und Gewaltakte allen gegenüber an, die sich für die deutschen Schulen aussprechen. Ein derartiger
Zustand erzeugt unter den Staatsbürgern deutscher Nationalität größte Erbitterung und berechtigte Zweifel an der
Rechtsordnung des polnischen Staates. Die zur Vernich-
tung des deutschen Schulwesens angewandten Methoden
wirken aufreizend und können in keiner Weise zum
friedlichen Zusammenleben der Nationalitäten beitragen.
Es kann nicht im Interesse des Staates liegen, in
einer Zeit schwieriger ökonomischer und politischer Verhältnisse,
die nationalen Minderheiten, die mehr als ein Drittel
der Bevölkerung ausmachen, zur Unzufriedenheit, Verbitterung
und zum Kampfe zu reizen, während doch alle Kräfte
an schöpferischer Arbeit zum Wohle des Ganzen gesammelt
werden sollten.

Um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, um die
Zeilenschaften nicht zu schaden, um die
ruhige Entwicklung des Schulwesens sowohl für die Mehrheit
als auch für die Minderheit der Staatsbürger zu garantieren,
bitte ich um Unterstützung unseres Dringlichkeits-
antrages, der eine sofortige Regelung der Verhältnisse in
der Schulgefäßgebung erstrebt und der die sofortige Ein-
stellung aller gegen unsere Schulen gerichteten Maßnahmen
fordert.

Ich bitte, durch die Tat zu beweisen, daß das, was der
Herr Ministerpräsident ausgesichert hat, auf Wahr-
heit beruht, d. h. daß die Herren gegen uns keine
Politik des Chauvinismus führen wollen und, daß
sie willens sind, die übernommenen Pflichten zu erfüllen.

Bekanntlich wurde die Dringlichkeit des deutschen An-
trages gegen die Stimmen der völkischen Minderheiten ab-
gelehnt. Die Unterrichtskommission ist also nicht gehalten,
den Antrag als dringlichen vor allen übrigen durchzubere-
ratzen. Wir verzichten auf einen Kommentar.

Erweiterung des Devisenrechts.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 1. August. Das Finanzministerium hat eine
Verordnung erlassen, wonach von nun an sämtliche
Banken, die Aktiengesellschaften sind, das De-
visenrecht zuerkannt bekommen. Wie bekannt, war bis-
her dieses Recht auf eine Reihe von privilegierten Banken
beschränkt. Gleichzeitig wurde an Stelle des Delegierten
für Devisenangelegenheiten im Finanzministerium ein
Kommissär eingesetzt, dem auch die Kontrolle der Devisen-
abgaben der Banken obliegt.

Heute wurden seitens der P. K. K. P. die Ausfuhr-
bedingungen für Valuten bekannt gegeben. Polenmark
dürfen von Reisenden bis zu 25 Millionen, und zwar im
Falle begründeter Notwendigkeit, ins Ausland mitgenom-
men werden. Ohne besondere Erlaubnis darf man ins Aus-
land resp. nach Danzig mitnehmen: in Polenmark 1 Million,
in fremder Valuta 250 Schweizer Franken oder den Gegen-
wert nach Danzig, 1000 Schweizer Franken oder den Gegen-
wert ins übrige Ausland. Diese Summe können Reisende
bei den einzelnen Banken gegen Vorweisung ihres Reise-
passes erheben. Eine weitere neue Verordnung der Finanz-
behörde sichert jenen Personen, die zur Aufdeckung von De-
visenübertretungen beitragen, Geldprämien zu. Die Prä-
mien, die das Finanzministerium nach Fällung des gericht-
lichen Urteils in der betreffenden Angelegenheit zuerkennt,
betragen je nach dem Anteil des zu Belohnenden 30—70 Pro-
zent vom Werte des Übertretungsgegenstandes. Es ist so-
gar ein Vorschub auf die Belohnungen bis 50 Prozent zu-
lässig, der noch vor der gerichtlichen Verhandlung zur Aus-
zahlung gelangt.

Die Vermögenssteuer.

Warschau, 1. August. Die letzten drei Sitzungen der
Finanzkommission des Sejm gingen völlig in Händen über
die so wichtige Angelegenheit der Vermögenssteuer auf. Man
wirft sich beiderseits die heftigste Verzögerung der De-
batte vor und will die Staffelung des Gesetzes nach oben
oder unten, je nach der Partei, drücken. Die Wyzwolenie-
partei fordert Steuerfreiheit für Vermögen bis 15 000 Gold-
franken. Bei der Debatte über diesen Punkt kam es zu
einem Meinungsverschiedenheit zwischen den
Vertretern der Regierung und jenen der Sozialdemokratie.
Abgeordneter Diamant bemerkte, der polnische Diskurs
zeichne sich durch „räuberische Tendenzen“ aus, ein Vertreter
der Mehrheit wieder stand, daß diese Bezeichnung auf die
verfloßenen vier Regierungsjahre anwendbar sei. So ge-

Mark u. Dollar am 1. August

(Vorläufiger Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. — 100 560 d. M. 1 Doll. = 1 075 000 d. M.
(Auszahlung Warschau: —)

Warschauer Börse

1 d. M. — 0,14 p. M. 1 Dollar 194 000 p. M.

langte man gestern mit der Debatte bis zum Art. 60 der
Gesetzesvorlage; nur über die schwierigen Artikel 8 und 9,
welche die Abschätzung der Vermögen zu bestimmen haben,
wurde noch nicht verhandelt.

Aus der Streitbewegung.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 1. August. Nach dem nunmehr beendeten
Metallarbeiterstreik soll in den nächsten Tagen der
Streik der Hausmärter beginnen. In den letzten
Versammlungen wurde eine Resolution in diesem Sinne ge-
fasst. Der Bauarbeiterstreik dauert nach den gestern
ergebnislos verlaufenden Konferenzen mit den Arbeitgebern
an. Nach einer heutigen Meldung des „Robotnik“ droht ein
Streik der Bergwerksarbeiter auszubrechen. Diese haben beschlossen, eine 100prozentige Gehaltsaufbe-
staltung und reguläre zweiwöchentliche Lohnaufbesserungen zu
fordern. Der Rat der Industriellen gewährt ihnen ein-
stweilen 75 Prozent Aufbesserung, weist aber die zweiwöchent-
lichen Lohn erhöhungen zurück. In der Delegiertenversamm-
lung beider Kohlengebiete vom Sonntag, an der 900 Ar-
beitervertreter teilnahmen, wurde der sofortige Streik ge-
fordert. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wo-
nach nochmals bei dem Industriellen zu intervenieren wäre.
Die Entscheidung, ob in den Streik eingetreten werden soll,
dürfte in den nächsten Stunden fallen.

Der Fall Dlugos.

Um in dem bekannten Falle Dlugos dem Recht endlich
Geltung zu verschaffen, hat sich die deutsche Sej-
mfraktion veranlaßt gesehen, dem Herrn Minister-
präsidenten das nachstehende Schreiben zu überreichen:

Herr Wilhelm Dlugos aus Sarnowo, Kreis
Rawica, lebt seit dem Jahre 1887 innerhalb der Gren-
zen des heutigen Polen, insbesondere hatte er seinen Wohn-
sitz innerhalb Polens auch am 10. 1. 1920. Er ist also
zweifellos polnischer Staatsbürger gemäß
Art. 91 des Friedensvertrages. Die Tatsache, daß Herr
Dlugos in den Jahren 1917—19 außerhalb der heutigen
Landesgrenzen lebte, beeinflußt seine Staatszugehörigkeit
in keiner Weise, denn Herr Dlugos hat eben nicht seinen
Wohnsitz erst nach dem 1. 1. 1920 nach Polen verlegt, son-
dern er hatte ihn dort vor, und zwar lange vor diesem
Etpunkt. Herr Dlugos ist daher auch stets von allen zu-
ständigen Behörden als polnischer Staatsbürger ange-
sprochen worden. Er hat durch all die Jahre einen Wykaz
obligowy als Pole, einen polnischen Pak, und er hat unbes-
tandet an den Wahlen zum Sejm und Senat teilge-
nommen. Jetzt wird ihm plötzlich sein Staats-
bürgerrecht bestritten. Herr Dlugos hat gegen
die betreffende Verfügung des Starosten in Rawica Be-
schwerde erhoben und es wird nunmehr der Wojewode, und
in letzter Instanz das Trybunal Rajwizyj über sein
Staatsbürgerrecht zu entscheiden haben. Obwohl also Herr
Dlugos einstweilen noch polnischer Staatsbürger ist und es
nach dem vorher Gesagten als ausgeschlossen gelten muß,
dass ihm das polnische Staatsbürgerrecht abgesprochen wird,
hat das Liquidationsamt in Polen verfügt,
daß sein 800 Hektar großes Gut Sarnowo
liquidiert wird, und es hat die Aufnahme des Liquidations-
beschlusses im „Monitor polski“ verfügt.

Wir müssen auch in diesem Falle gegen das eigen-
mächtige Vorgehen des Liquidationsamtes schär-
festen Einspruch erheben, und das um so mehr, als das
Vorgehen des Liquidationsamtes ganz offensichtlich nur
die großen Ungeschicklichkeiten und die außer-
ordentlich schweren Vermögensschädigun-
gen verdecken soll, die der Urząd Biemski in der Vor-
zeit Herrn Dlugos zugefügt hat.

Darüber folgende Daten:

Im Jahre 1920 wollte Herr Dlugos sein Gut verkaufen.
Der Verkauf wurde von der Genehmigung des Urząd
Biemski abhängig gemacht. Diese Genehmigung wurde
ver sagt. Der Käufer hatte sich indessen inzwischen einer
Holzfirma gegenüber zur Lieferung erheblicher Holzmengen
aus dem Sarnowoer 200 Hektar großen Walde verpflichtet.
Um diese Lieferung realisieren zu können, stellte er sich im
Berein mit der Holzfirma hinter den Urząd Biemski.
Dieser machte ohne die Svereine eines Rechtsstitels
das Vorkaufsrecht auf Sarnowo geltend. Eine Ein-
tragung dieses Vorkaufsrechts im Grundbuche erfolgte nicht
und konnte nicht erfolgen, da es an jeder Unterlage zur
Geltendmachung eines solchen Rechtes fehlte. Gleichwohl
ordnete der Urząd Biemski die Zwangsverwaltung
des Gutes an. Der Zwangsverwalter begann seine Tätig-
keit damit, den Wald ab zuholzen. Zunächst wurde
durch Eingreifen des Starosten der Einschlag gesperrt, dann
aber mit verstärkten Kräften wieder fortgeführt. Herr D.
erwirkte eine einstweilige richterliche Verfügung auf Ein-
stellung des Einschlags und eine ob siegende richter-
liche Urteil, das den Urząd Biemski und die Holz-
firma zum Schadensersatz verurteilte. Nach etwa acht Tagen
wurde gleichwohl der Einschlag fortgeführt. Die Klage ging
weiter, und der Prozeß wurde schließlich auch in höchster
Instanz, vom Rajwizyj-Sąd in Warschau, zugunsten
des Herrn D. entschieden. Inzwischen waren aber
ca. 350 Moraen Holzwald (ca. 16 000 kubometer) abgetrieben

und weggeschafft. Für diese gewaltigen Werte hat Herr D. keine Pfeinig Entschädigung erhalten! Jedesmal, wenn der Prozeß in einer Instanz sich dem Ende zuneigte, wurde die Zwangsverwaltung wieder aufgehoben und Herr D. kam dann in eine vollkommen devastierte Wirtschaft zurück. Um Herrn D. wirtschaftlich zu ruinieren, hat die Zwangsverwaltung sowohl im Frühjahr 1921 wie auch 1922 die von ihr selbst bestellten Winterarten wieder umgepflegt. Im Frühjahr 1921 waren es 200 Morgen Roggen, im Frühjahr 1922 95 Morgen Weizen. Auch im übrigen war die gesamte Zwangsverwaltung auf die absichtliche Devastierung der Wirtschaft eingestellt. So wurden 1920 ca. 2700 Zentner Stroh an dem damals lächerlich geringen Preise von 27 Mark pro Zentner verkauft. Trotz dieser schweren Eingriffe in die Substanz des Gutes sind Herrn D. nicht die geringsten Einnahmen zugeführt worden.

Im ganzen ist Herr D. dreimal innerhalb dreier Jahre — stets zur Erntezeit — aus der Wirtschaft herausgerissen worden, jedesmal wenn er wieder herausgelassen wurde, fand er ein devilstes und ausverkaufstes Objekt vor, das er von neuem hergeben müste, wenn er es eben wieder komplettiert hatte. Die Prozesse hat Herr D. gewonnen, der polnische Staat ist zur Herausgabe des Gutes und zum Schadenersatz kostspielig verurteilt worden. Der Schaden beläuft sich auf 384 000 Goldmark.

Eine Zahlung ist indessen nicht erfolgt. Hin gegen kommt, um Herrn D. nicht nur um seine Existenz, sondern auch um die Realisierung der Ansprüche aus der Vorzeit zu bringen, der Liquidationsbeschluß in Verbindung mit der Anweisung seines polnischen Staatsbürgerechts! Wir erheben gegen dieses geradezu ungeheuerliche, jedem Rechtsgefühl und jeder Kultur höhnischende Verfahren den allerstärksten Einspruch und bitten Sie, Herr Ministerpräsident, inständig, die sofortige Einstellung der Liquidation zu verfügen und zugleich anzurufen, daß Herrn D. der ihm zugefügte Schaden umgehend voll erstattet wird.

Wir dürfen ergebnist bitten, uns über das Veranlaßte in einigen Tagen Mitteilung zu machen.

Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat.

Die Beschlagnahme der „Volkszeitung.“

Interpellation

des Abg. Pankraz an den Herrn Justizminister wegen der verfassungswidrigen Beschlagnahme der Bromberger „Volkszeitung“.

Das Thema der blutigen Polizeimassakers unter der Arbeiterschaft in Łódź, Czestochau und Bielsk bildet bekanntlich am Dienstag, den 24. Juli, im Sejm den Gegenstand eines Dringlichkeitsantrages der sozialistischen Sejmabgeordneten. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde von dem Abgeordneten Szczercowksi von der P. P. S. begründet; ihm folgte der Herr Innenminister Dr. Piernik mit seinen Erklärungen. Die stürmischen Ereignisse dieser Sejmssitzung, in der die Dringlichkeit einstimmig angenommen wurde, sind ja noch in frischer Erinnerung.

Wie alle Zeitungen Polens über die parlamentarischen Ereignisse und auch über vorher erwähnte Sitzung berichtet, brachten natürlich die an den Polizeimassakers am meisten interessierten Blätter der Sozialisten und Nationalen Arbeiterpartei als Vertreter der gemahngelten Arbeiter hierüber ausführlichere Berichte. So auch die in deutscher Sprache in Bromberg erscheinende sozialistische „Volkszeitung“. Ihr am 27. Juli in Nr. 22 veröffentlichter Leitartikel unter der Überschrift: „Säbelhiebe, Augen und Bajonetts für die hingerungen Arbeiter“ enthielt den sozialistischen Dringlichkeitsantrag, der auch vom Interpellanten unterzeichnet war, ferner die Begründung der Dringlichkeit seitens des Abg. Szczercowksi, die Erklärungen des Innenministers Herrn Dr. Piernik, sowie die Schilderung der sonstigen Vorgänge der Sejmssitzung vom 24. Juli. Im übrigen deckte sich der Artikel im großen ganzen, zum Teil fast wörtlich, mit dem Leitartikel des Warschauer „Robotnik“, Nr. 200 vom 25. Juli unter der Überschrift: „Echa sejmowe masakry policyjnych“ (Sejmecho über die Polizeimassaker).

Nr. 22 der Bromberger sozialistischen „Volkszeitung“ wurde nun am Sonnabend, den 28. Juli, in den Nachmittagsstunden in der Expedition der Zeitung, sowie bei sämtlichen Zeitungsverkaufsstellen der Stadt Bromberg beschlagnahmt, und zwar durch Polizeibeamte, die zur Beschlagnahme nicht die geringste schriftliche Bevollmächtigung vorlegen konnten. Dem verantwortlich zeichnenden Redakteur Herrn Bittlau, der während der Beschlagnahme in der Expedition zugegen war, wurde von einem Polizeibeamten geantwortet, die Polizei hätte auf Grund des § 23, Abs. 3, des Pressegesetzes von der Bromberger Staatsanwaltschaft telefonisch den Befehl erhalten, die Beschlagnahme der „Volkszeitung“ vorzunehmen. Nach diesem Paragraphen kann nun eine Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung nur dann erfolgen, wenn der Inhalt einer Druckschrift den § 85, 95, 111, 130 oder 184 des ehem. deutschen Strafgesetzbuches zwiderläuft. Es fallen nun eo ipso in diesem Falle § 85 — richtiger § 82 — wegen „Hochverrat“, § 95 wegen „Majestätsbeleidigung“, § 111 wegen „Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen“ sowie § 184 wegen „Verbreitung unzüglicher Schriften und Abbildungen“ galt unter den Tisch. Bleibt also noch 130 übrig, der da lautet: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit ... bestraft.“ Ist es nun schon vollkommen unverständlich, gegen den beschlagnahmten Artikel, der weiter nichts als einen Parlamentsbericht enthält, § 130 des Strafgesetzbuches anzuwenden, so berührt es noch unverständlicher, daß jetzt mit einem Male die Bromberger Staatsanwaltschaft an diesen Paragraphen denkt, von dessen Existenz sie anscheinend nichts wußte, als zur Zeit der blutigen Warschauer Dezemberereignisse polnische Blätter der Rechten in großen Lettern schrieben: „Der Staatspräsident wacht durch Blut“, als Tag für Tag die Massen gegen den Staatspräsidenten Narutowicz öffentlich aufsuchten und als dann noch zum Überfluß sein Mörder glorifiziert wurde. Damals wußte die Staatsanwaltschaft nichts von diesem Paragraphen; jetzt scheint sie bei einem Parlamentsbericht eine andere Vorschrift nicht zu wissen, eine der elementarsten Gesetzesvorschriften, wie sie in der Verfassung verankert ist, nämlich Artikel 31, der klipp und klar sagt: „Niemand darf für wahrheitsgemäße Berichte über eine Sejmssitzung sowie eine Sejmkommissionssitzung zur Verantwortung gezogen werden.“

Nach der Logik der Bromberger Staatsanwaltschaft, die gewisse Paragraphen gegen deutsche Blätter partikelar anwendet und polnische Zeitungen vollkommen ungehören läßt, dürfte es somit in größtmöglichster Verleugnung des Art. 31 der Verfassung überhaupt keine parlamentarischen Berichte geben; jede Rede eines vorponierenden Abgeordneten würde nach ihr unter § 130 fallen und die durch Artikel 31 der Verfassung garantierte Wiedergabe der Rede durch irgend eine Zeitung als „Anreizung zum Klassenkampf“ ausgelebt werden. Fürwahr, ein wunderbares Verständnis für die „Pressefreiheit“ und eine noch schönere Kenntnis der allgemeinste Vorschriften der Verfassung!

In Anbetracht der geschilderten Umstände fragt Interpellant daher den Herrn Justizminister an:

Was gedenkt er für die Aushebung der beschlagnahmten Nummer 22 der „Volkszeitung“ zu tun sowie für die

Garantierung, daß derartige, auf Unkenntnis der Gesetze beruhenden Übergriffe der Bromberger Staatsanwaltschaft in Zukunft unterbleiben?

Warschau, den 31. Juli 1929.

Der Interpellant.

Die Antwortnoten in London eingetroffen.

Die französische und belgische Antwort auf die englische Note mit einem Entwurf einer Antwort auf das deutsche Memorandum befinden sich nunmehr in Händen der englischen Regierung. Sie wurden Lord Curzon am Montag nachmittag von dem französischen und dem belgischen Botschafter eingehändigt, die sich nur einige Minuten im Auswärtigen Amt aufhielten. Das englische Kabinett wird sich sofort darüber schlüssig werden, welche Forderungen sich aus der belgischen und der französischen Antwort für die Weiterführung der englischen Aktion in der Ruhr- und Reparationsfrage ergeben.

In Londoner diplomatischen Kreisen wird versichert, die französische Antwort sei als vollkommen unbefriedigend, und die belgische als nicht viel besser zu betrachten. Wie verlautet, soll Poincaré in seiner Antwort feststellen, daß er weder von der Muhr abziehen, noch eine Milderung in seinem Regime eintreten lassen will, ehe Deutschland nicht vollständig kapituliert habe. Weiterhin bringt Poincaré die Frage der interalliierten Schulden in dem Sinne aufs Tapet, daß er England klar macht, Frankreich könne nur dann in eine Herauslösung der deutschen Zahlungen einwilligen, wenn dementsprechend die französischen Schulden an England verringert würden. Diese französische Suggestion insbesondere wird in englischen Kreisen als völlig unannehmbar empfunden, da man sich sagt, England könne jetzt, nachdem es seine Schuldenlast Amerika gegenüber übernommen habe, nicht zugemutet werden, die Kosten für den Weltkrieg, auch für Frankreich mit, allein zu tragen. Man hat die Empfindung, daß Poincaré mit diesem Spiel auf weitere Verzögerungen in der Diskussion hinzielte, daß er Baldwin ebenso hinschleppen zu engagieren sucht, wie er es Lloyd George gegenüber mit Erfolg getan hat. Er hofft durch das Hinziehen der endgültigen Entscheidung Deutschland zur Kapitulation zwingen zu können. Die englische Regierung dagegen glaubt, durch schlanke Aktion den drohenden Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern. Ministerpräsident Baldwin wird erst am Donnerstag im Unterhaus seine außenpolitischen Erklärungen abgeben.

Das Kabinett Cuno bleibt?

In der am Mittwoch, den 8. August, stattfindenden Sitzung des Reichstages werden zunächst Reichskanzler Dr. Cuno über die allgemeine Lage und alsdann Reichsfinanzminister Dr. Hermes über die finanzielle Lage Erklärungen abgeben. Darauf dürfte sich alsdann eine Aussprache über die allgemeinen und finanziellen Verhältnisse anschließen.

Von der Regierungskrise ist es inzwischen wieder still geworden. Es scheint, daß sich bei den Besprechungen der Parteien herausgestellt hat, daß niemand Neigung verspürt, im jetzigen Augenblick die böse Erbschaft des Kabinetts Cuno anzutreten. Diesem dürfte daher noch eine längere Schonzeit gegeben sein, doch hält man in absehbarer Zeit den Rücktritt des Kabinetts Cuno für unvermeidlich.

Die Situation in London.

London, 1. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die englische Regierung beschäftigt sich nach wie vor eingehend mit den Antworten der Alliierten auf den enalischen Antwortentwurf an Deutschland. Über den Inhalt der französischen und belgischen Note wird weiterhin strengstes Still schweigen bewahrt. Die Presse kann aber nicht verhehlen, daß die Schwierigkeiten für eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland gewachsen sind. Es steht nunmehr ziemlich fest, daß Baldwin und Curzon am Donnerstag in den beiden Häusern des Parlaments Erklärungen über die außenpolitische Lage abgeben werden. Baldwin erklärte gestern im Unterhaus, daß er das Parlament im Notfalle auch während der Ferien zu einer Sitzung zusammenrufen werde, um eine Debatte über die Entwicklung der Dinge zu ermöglichen. Er hege jedoch die Besorgnis (?), daß dies nicht notwendig sein würde.

Japan und die englische Antwortnote.

London, 1. August. (Eigene Drahtmeldung.) Japan hat bisher auf die englische Antwortnote, die ihm gleichzeitig wie den Verbündeten angestellt wurde, weder schriftlich noch mündlich geantwortet.

Auch eine italienische Antwort?

Rom, 1. August. (Eigene Drahtmeldung.) Entgegen den Londoner Meldungen, wonach der italienische Botschafter der englischen Regierung eine schriftliche Antwort seiner Regierung überreicht hat, wird versichert, daß der italienische Botschafter in die Hände des englischen Außenministers genau so wie sein belgischer und französischer Kollege ein schriftliches Dokument hinterlegt, über dessen Inhalt bis zur Veröffentlichung dieses Antwortschreibens strengste Diskretion gewahrt wird.

Republik Polen.

Ans dem Sejm.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 1. August. Die gestrige Sitzung des Sejm brachte nichts Interessantes. In der heutigen Sitzung wird Minister Linde sein Finanzbericht vorlesen.

Abermalige Erhöhung des Rollkoefizienten.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 1. August. Der Rollkoefizient ist abermals erhöht worden, und zwar soll der normale 24 000, der erwartigte 18 000 betragen. Die neue Verordnung tritt am 5. August in Kraft.

Die Feier des „Wunders an der Weichsel“.

In Warschau hat sich ein Komitee zur Ehrung des Jahrestages des „Wunders an der Weichsel“ gebildet. Der Tag fällt auf den 15. August, an dem vor drei Jahren die Polen sich schon vor den Toren Warschaus gestanden haben. Der Tag soll durch eine Sammlung in der Warschauer Wojewodschaft für Kriegerwitwen und zur Erhöhung der Kultur des polnischen Dorfes gefeiert werden. Das Protektorat haben übernommen: S. E. Kardinal Skarbowski, Ministerpräsident Witos, Kultusminister Glabiński, Industrie- und Handelsminister Kucharski, Finanzminister Linde, General Haller und der Vorsitzende des Bundes sozialer Vereine, Graf Bamojski, Adam. Zum Organisationskomitee gehören u. a. Korant, Geistlicher Wyszkowski, Redakteur Sadzewicz, Dr. Ista und Dr. Dymowski. Es sollen Virtuti militari- und Tapferkeitsmedaillen herausgegeben werden.

Aus anderen Ländern.

Die Ukrainisierung der Ukrainer.

Die Ukrainisierung des Bildungswesens und der Behörden in der Ukraine, die mit den Gouvernements Charkow und Kiew begann, wird jetzt auf alle wichtigen ukrainischen Zentren, wie Odessa, Poltawa u. a., und auf die Provinz ausgedehnt. Der ukrainische Rat der Volkskommissare hat verfügt, daß die Geschäftsführung sämtlicher Gouvernementsorgane der Ukraine in ukrainischer Sprache zu erfolgen hat, mit Ausnahme jener Landesteile, wo die Mehrzahl der Bevölkerung Russen sind. Auch die Geschäftsführung der Komitees der unbemittelten Bauern, die sich bisher als Propagandainstitutionen der Sowjetregierung dem Ukrainerum gegenüber ablehnend verhielten, muß fortan in ukrainischer Sprache erfolgen. Das ukrainische Innenkommissariat ist mit der Ausarbeitung eines besonderen Staatsatlasses beauftragt worden, durch welchen die Stadt Charkow formell zur Hauptstadt der Ukraine proklamiert wird. In Charkow sollen die führenden kulturellen Anstalten der Ukraine konzentriert werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 1. August.

Zugkontrollen durch Polizei- und Militärmannschaften finden in letzter Zeit in verschärftem Maße statt. Sowohl auf dem Thorner Bahnhof als auch in den aus- und einzulaufenden Gütern wird von den Reisenden die Vorzeigung von Personalausweisen oder Pässen verlangt, ferner werden auch die Gepäckstücke eingehenden Revisionen unterzogen. Die Behörde will hierdurch verhindern, daß in der Blüte stehenden Schmuggelunternehmen und kann auf diese Weise auch leichter gestohlenes Gut aufzufinden, das verschleppt werden soll. Wie wir hören, soll vor einigen Tagen eine junge Dame, die Buchhalterin eines größeren Unternehmens, längere Zeit festgehalten worden sein, da sie einen darüber nicht ohne weiteres Glauben geschenkt wurde.

Einigung im Baumgewerbe. Die gestrige Verhandlung zwischen der freien Gewerkschaft und Zentral-Arbeitsgeberverband hat zu einer Einigung geführt. Zum 15. August werden weitere Verhandlungen in Thorn angesetzt. Die neue Lohnzahlung erfolgt ab 1. August.

Wochenmarktertrag. Der heutige Wochenmarkt auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) war, wie die letzten Wochenmärkte überhaupt, sehr reichlich besucht, hauptsächlich mit Gemüse aller Art. Mittelmäßig war das Angebot von Geflügel, Butter und Eiern. Der Butterpreis ist bis auf 20 000 und 21 000 Mark gestiegen, während der Preis für eine Mandel Eier unverändert auf 17 000 Mark geblieben ist. Weißkohl kostete heute das Pfund etwa 3000, junge Kartoffeln 800, Zwiebeln 2000, grüne Bohnen 6000, Stachelbeeren 3000—4000, Johannisbeeren 1500—2000, Kirschen 3000 bis 6000, Rhabarber 500, kleine Birnen 2500—3000, Möhrüben das Pfundchen 1000—1500, Apfeln 1500, Rote Rüben 1500, Radisches 500, Kohlrabi 2500, Blumenkohl der Kopf 3000—8000 und Neßküchen die Meze 6000 M.

Beschlagnahme von Schmugglerware. Gestern wurden auf dem biegsigen Bahnhof einem aus Danzig kommenden Reisenden 7000 Zigaretten abgenommen, die er eingeschmuggelt hatte.

Einbruchsdiebstähle. Gestern drangen Einbrecher in eine Budenkammer des Hauses Brenkenhoffstraße (Bocianowa 10) und entwendeten dort Wäsche im Werte von 500 000 Mark. — In dem Hause Bahnhofstraße (Dworcowala) Nr. 30 sind aus einer Wohnung Schuhe und Sohlenleder im Werte von 7 000 000 Mark mittels Einbruchsdiebstahls entwendet worden. — Eine recht „nahebaute“ Beute machten Einbrecher in dem Keller des Hauses Danziger Straße 123. Sie raubten dort einen Schinken und andere Lebensmittel im Werte von 500 000 Mark.

Gestohlene Waren. Gestern wurden gestern 4 Sittendirnen, 2 Personen wegen Trunkenheit und eine wegen Betteln.

Festnahme einer Betrügerin. Gestern wurde von der Kriminalpolizei ein junges Mädchen festgenommen, das in hiesigen Wohnungen Spenden sammelte, unter der Angabe, sie wären für den Gnesener Dom bestimmt, um die Verluste des letzten großen Kirchenraubes zu decken. Natürlich handelt es sich um eine Betrügerin.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Bromberger Sängerbund. Heute letzter Übungstag 8 Uhr Kino. Jeder Sänger hat unbedingt zu erscheinen.

Zwiazek Muzyczny Bydgoszcz. Nächste Sitzung am Donnerstag, 2. August, um 10.45 Uhr im Ognisko. (8486 Deutsche Bühne. Heute (Mittwoch) lebte Aufführung des Schwanzen „Der Raub der Sabinerinnen“).

Werk-Bund (Posen). Sonntag, 5. 8., Ausflug mit Damen per Wagen nach Steinholz. Abfahrt präzise 1/28 Uhr morgens von der Kunst- u. Gewerbeschule. Der Vorstand. — Monatsversammlung Sonnabend, 4. 8., abends 6 Uhr.

* * *

r. Kirche (Sieraków), 28. Juli. Auf dem Sande bei Kirche fand man gestern einen jüngeren und nicht weit davon im Walde einen älteren Mann erhängt vor. Die Persönlichkeit der beiden Selbstmörder ist noch nicht festgestellt worden.

Kleine Rundschau.

* Schweres Eisenbahnunglück bei Kreuzen. Kassel, 31. Juli. Heute früh um 4 Uhr fuhr auf dem Bahnhof Kreuzen der Haupt-D-Bug-Hamburg-München auf den im Bahnhof haltenden Zug, wahrscheinlich infolge Überfahrens des Haltesignals, auf. Bis 8 Uhr 15 vormittags kamen 27 Tote, zumeist Männer, und 43 Verletzte, davon 15 schwerverletzte, festgestellt werden. Die Toten und Verletzten stammten überwiegend aus Süddeutschland. Der Lokomotivführer des D-Zuges zog sofort die Schnellbremse, konnte aber nicht verhindern, daß der Zug mit großer Geschwindigkeit auf den stehenden Zug auffuhr. Die letzten drei Wagen des stehenden Zuges wurden ineinander geschoben und zertrümmert. Der Lokomotivführer und Heizer des auffahrenden Zuges sind mit einem Nervenschlag davongekommen. Die Aufräumungsarbeiten sind in voller Gang. Die Verletzten werden in Sonderzügen in die Kliniken von Göttingen übergeführt. Die Feststellung der Identität der Toten ist im Gange. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Hauptgleise sind gesperrt.

Postabonnenten!

Wer noch nicht die

Deutsche Rundschau

bestellt hat, tue dies sofort. Alle Postämter in Posen und Pommerellen nehmen jederzeit

Das Amnestie-Gesetz.

In Nr. 71 des „Dziennik Ustaw“ vom 24. Juli ist, wie bereits mitgeteilt, der genaue Wortlaut des lange beratenen Amnestiegesetzes veröffentlicht, das damit Rechtskraft erlangt hat. Nachstehend bringen wir den Wortlaut des Gesetzes in deutscher Übersetzung:

Art. 1. Aus Anlaß der Anerkennung der Grenzen der Republik werden Vergehen, die bis zum 30. März 1923 einschließlich begangen wurden, amnestiert. Die Amnestie betrifft auch Vergehen, die erst nach diesem Tage abgeurteilt worden sind.

Art. 2. Die Amnestie betrifft Vergehen, für welche die Straf- und Militärgerichte sowie die Verwaltungsbehörden zuständig sind.

Art. 3. Die Amnestie betrifft nicht folgende zur Zuständigkeit der Straf- oder Militärgerichte gehörenden Vergehen:

a) Spionage oder eine andere strafbare Handlung zu ungünsten des polnischen Staates und zugunsten eines fremden Staates bzw. Vergehen, die im Einverständnis mit einer Person getan worden, die im Interesse des fremden Staates arbeitet.

b) Vergehen, die sich aus einer Verbreitung kommunistischer Grundsätze herleiten lassen oder eine Erleichterung der Einführung dieser Grundsätze in der Republik Polen zum Ziele haben, sofern der Täter im Augenblick der Begehung der Tat das 17. Lebensjahr vollendet hat.

c) Die wissenschaftlich falsche Anschuldigung vor den früheren Okkupationsmächten oder anderen fremden Staaten, sowie vor irgendeiner bewaffneten Macht, die sich mit dem polnischen Heer im Kampfe befindet wegen Vergehen, die zu ungünsten dieser Staaten oder der bewaffneten Streitkräfte begangen wurden bzw. ein feindliches Verhalten ihnen gegenüber.

d) Die Tötung eines Menschen mit Vorbedacht, unabhängig von den Ursachen, oder eine schwere mit Vorbedacht begangene Körperverletzung oder eine ähnliche Schädigung der menschlichen Gesundheit, sofern diese Vergehen aus persönlichem Gewinn begangen wurden. Hierunter fallen nicht im Affekt begangene Tötungen.

e) Straftäuschung bzw. Raub.

f) Fälschung von Geld und Staatspapieren.

g) Verleitung zur Unzucht und andere Vergehen, die aus dem Gewinn hergeleitet werden, die man aus einer Unzucht treibenden Person zieht.

h) Die Übertreibung der Bestimmungen, die die Regierung des Geldverkehrs mit dem Auslande sowie den Verkehr mit fremden Wahlen bestreben sowie der Schmuggel von Gegenständen nach dem Auslande, deren Ausfuhr verboten ist.

i) Widerische Ausbeutung.

j) Geheime Brennerei, sofern die Tat ein Verbrechen darstellt.

k) Vergehen auf dem Gebiete des Staatsfinanzwesens.

l) Desertion oder eine andere Entziehung von der Heerespflicht, sofern der Täter zu diesem Zweck die Grenzen des Staates verlassen oder sich zu diesem Zweck im Auslande aufzuhalten hat.

Diese Bestimmung betrifft jedoch nicht Vergehen, die vor dem 30. März 1923 von Personen nicht polnischer Nationalität begangen wurden, die aus dem Bezirk des Appellationsgerichts in Lemberg stammen, sofern sie vor Ablauf eines Monats vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes gerechnet, festgenommen wurden bzw. sich zur Disposition der zuständigen Behörde zur Ableistung ihrer Militärpflicht gestellt haben.

m) Vergehen, die aus Gewissenssucht begangen wurden: 1. vor Ablauf von fünf Jahren von der Verurteilung wegen anderer aus denselben Motiven begangenen Vergehen; oder 2. gewöhnlichstmäßig begangene Vergehen. Diese Bestimmungen betreffen nicht Vergehen, die aus Not begangen wurden.

n) Vergehen, die durch Personen begangen wurden, die einem fremden Staate auf Grund eines Abkommen über die Auslieferung oder gegenseitige Auslieferung ausgeliefert wurden bzw. von Personen begangen wurden, die sich vor der Veröffentlichung dieses Gesetzes mit ihrer Auslieferung einverstanden erklärt haben.

Die Amnestie betrifft auch nicht Vergehen, die einer administrativen Strafe im Sinne des Gesetzes vom 2. Juli 1920 unterliegen, ferner Sachen, die zur Zuständigkeit der administrativen Verwaltungsbehörden und der Straf-Finanzgerichte gehören sowie Disziplinarstrafen für Dienstvergehen mit Ausnahme von Verweisen. Ausgenommen sind von der Amnestie auch Disziplinarvergehen von Militärpersonen, die in den Militärbestimmungen vorgesehen sind.

Art. 4. In den in diesem Gesetz festgelegten Grenzen werden folgende Strafen verziehen:

a) Administrative Übertretungen ohne Rücksicht auf die Art und die Bemessung der Strafe sowie Vergehen, die zur disziplinarischen Bestrafung im Sinne des Art. 128 der Verordnung des Ministerrats vom 10. Mai 1920 überwiesen wurden;

b) Vergehen, für die das Gesetz unabhängig von den Zusatzstrafen als Höchstrafe eine Geld- oder eine Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten oder eine dieser Strafen vorsieht. Das Strafverfahren in diesen Sachen wird nicht eingeleitet und die eingeleiteten Verfahren werden eingestellt.

Art. 5. In den in diesem Gesetz festgelegten Grenzen werden erlassen:

- Rechtsgültig erkannte und im ganzen oder teilweise nicht vollstreckte

a) administrative Strafen ohne Rücksicht auf ihre Art und Strafbemessung, Disziplinarstrafen sowie Verweise wegen Dienstvergehen, ferner Disziplinarstrafen, die auf Grund des Art. 128 der Verordnung des Ministerrats vom 10. Mai 1920 verhängt wurden;

b) Geld- und Freiheitsstrafen, die durch das Gericht im Umfang von höchstens drei Monaten verhängt wurden und sofern die Tat aus Not begangen wurde im Umfang von höchstens einem Jahr;

c) die Hälfte der durch das Gericht erkannten Freiheitsstrafe, sofern die Strafe im Umfang von mehr als drei Monaten erkannt wurde, jedoch ein Jahr nicht überschreitet;

d) ein Drittel der durch das Strafgericht erkannten Freiheitsstrafe, sofern die Strafe im Umfang von über einem Jahr erkannt wurde; in diesem Falle darf jedoch zwei Drittel der erkannten Strafe 10 Jahre nicht überschreiten.

Lebenslängliche Freiheitsstrafe wird auf 10 Jahre herabgesetzt.

3. Die Todesstrafe wird in eine 15jährige Buchthalstrafe umgewandelt.

4. Vollkommen erlassen werden alle anderen noch nicht ganz oder zum Teil verbüßte Strafen, im besonderen Zusatzstrafen sowie Schadensersatzstrafen für Fortvergehen mit Ausnahme von

Beröffentlichungen in Druck, die durch Urteil wegen Körperverletzung abgeurteilt wurden. Auf die Zusatzstrafen wegen Körperverletzung (Beleidigung) finden die Bestimmungen des Art. 9 Anwendung.

Art. 6. In den in diesem Gesetz festgelegten Grenzen werden Strafen erlassen, die wegen Vergehen verhängt wurden, welche ausschließlich oder hauptsächlich aus völkischen, politischen, religiösen, sozialen oder wirtschaftlichen Motiven verübt wurden. Gescheint werden die für diese Vergehen verhängten Strafen ohne Rücksicht auf die Art und die Strafbemessung; Strafverfahren wegen dieser Vergehen werden nicht eingeleitet, und die eingeleiteten Verfahren werden eingestellt. Die durch diesen Artikel festgelegte vollkommene Amnestie findet jedoch keine Anwendung auf mit Vorbedacht verübte Vergehen, die zur Folge hatten bzw. nach dem Willen des Täters zur Folge haben sollten die Tötung eines menschlichen Lebens, eine schwere Körperverletzung, eine Schädigung der menschlichen Gesundheit oder eine Schädigung fremden Eigentums im größeren Umfange oder unter besonders gefährlichen Umständen. In Bezug auf Personen, die sich Vergehen haben zu Schulden kommen lassen, welche auf Grund dieses Artikels der vollkommenen Amnestie unterliegen und die sich ins Ausland begeben haben, bzw. die derartige Vergehen im Auslande begangen und bis zum 30. März 1923 einschließlich nicht wieder heimgekehrt sind, wird das Strafverfahren nicht eingeleitet und das eingeleitete eingestellt, jedoch lediglich auf Grund einer Verfügung des Staatspräsidenten, die in jedem einzelnen Falle erlassen werden muss.

Art. 7. betrifft Deserteure und andere Personen, die sich der Militärdienstpflicht entzogen haben.

Art. 8. Die Strafe wegen eines Vergehens, die der Amnestie unterliegt und mit einem anderen Vergehen zusammenhängt, das nicht unter die Amnestie fällt, wird nach dem Dafürhalten des Richters entsprechend gemildert. Diese Bestimmung schließt die Einstellung des Verfahrens wegen der einzelnen zusammenlaufenden Vergehen nicht aus.

Art. 9. In den im Artikel 5, Punkt b, Art. 6, erster und letzter Absatz und Art. 7 vorgehenden Fällen (Unfähigkeit), die das Strafgerichtsurteil zu Folge hatten, werden die Zusatzstrafen wegen Beleidigung mit dem Augenblick der Strafverfügung erlassen und sofern nach dieser Bestimmung die Strafe nicht vollstreckt wurde, wird sie auf Grund des Gesetzes selbst erlassen.

Art. 10. In Fällen, in denen der Art. 4b keine Anwendung findet, kann das Gericht das Verfahren einstellen bzw. nicht einleiten, wenn nach den Umständen des gegebenen Falles abgesehen von den Zusatzstrafen eine Freiheitsstrafe Platz greifen müssen, die drei Monate nicht übersteigt. In diesen Fällen kann das Gericht das Verfahren einstellen bzw. es nicht einleiten, lediglich im Einvernehmen mit dem Prokurator und das Kreis- und Friedensgericht lediglich im Einvernehmen mit dem Prokurator am Bezirksgericht.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden entsprechende Anwendung auf Vergehen, die aus Not begangen wurden, sofern eine Strafe verhängt werden müsste, die ein Jahr nicht überschreitet.

Art. 11. Die Einstellung des eingeleiteten Verfahrens erfolgt auf Grund des Gesetzes von selbst, sofern die Person, gegen die das Verfahren schwiebt, innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe über die Amnestie erklärt, daß sie dieser Art der Beleidigung des Verfahrens wünscht.

Art. 12. Die Bestimmungen des Gesetzes, die den Erlass der rechtsgültig erkannten Strafen betreffen, finden auch Anwendung bei Strafen, die wegen Privatlagen verhängt werden.

Art. 13. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden Anwendung auf Personen, die von einem allgemeinen oder besonderen Gnadenakt Nutzen gezogen haben, lediglich in dem Falle und insofern, soweit der leichte Gnadenakt ihm Erleichterungen in geringerem Umfange gewährt hat.

Art. 14. Die Durchführung der Amnestie liegt derjenigen Behörde ob, die die Vollstreckung des Urteils verfügt. In Fällen, die zur Zuständigkeit des Bezirksgerichts gehören, werden Zweifel in der Auslegung des Amnestiegesetzes auf Antrag des Prokurators oder des Beteiligten in einer geheimen Sitzung nach Anhörung des Prokurators entschieden. Über die Entscheidung kann innerhalb eines Monats vom Tage ihrer Zustellung an gerechnet. Beschwerde eingeleitet werden, und zwar an das Gericht zu Händen des Vorsitzenden, der endgültig entscheidet. In Fragen, die zur Zuständigkeit der Kreis- oder Friedensgerichte gehören, ist die Beschwerde in demselben Termin an das Bezirksgericht einzureichen.

Die letzten drei Artikel betreffen die Ausführung des Gesetzes, die dem Justizminister, dem Kriegsminister und dem Inneminister übertragen wird. Das Gesetz ist mit dem 24. Juli in Kraft getreten.

Kleine Rundschau.

* Gewissensanregung. In München hat ein Bankkassierer zwei Damen beim Wechsel von 200 rumänischen Lei 174 Millionen Mark zuviel bezahlt. Auf Grund einer um Rückstattung ersuchenden Zeitungsnachricht ist tatsächlich auch die namenlose Überweisung des Betrages an die Bank erfolgt. Gewissensanregung hat also zuweilen doch noch Erfolg.

* Ein Dollarfuß und 300 Erben. In Amerika ist ein Tschechoslowake namens Dittrich (König rein tschechisch), der eine Million Dollar hinterließ, gestorben. Eine Versammlung der Familienangehörigen ergab, daß etwa 300 Personen Anspruch auf die Erbschaft erheben. Die Anspruchsberichtigten beanspruchten, eine besondere Abordnung zu ernennen, welche die Verhandlungen mit dem amerikanischen Außenminister führen soll. Seder der tieftrauernden Erben würde also immerhin 3333 Dollars erben, was selbst in der Valuta der tschechischen Kronen eine ganz hübsche Summe wäre.

Handels-Rundschau.

Die neue Ernte Rumäniens. Die Geschäftsabschlüsse auf diesjährige Ernte haben in Bratislava und Galatz bereits eingesetzt. Im August und September lieferbare gute Qualität erzielte 30.000 Lei je Waggon gegenüber 42.000 Lei zur gleichen Zeit des Vorjahrs, wobei noch zu bemerken ist, daß damals der Weizen mit 30.000 Lei je Waggon maximalisiert war. Der niedrige Getreienpreis wird auf den Vorratsmangel der Landwirte zurückgeführt, die gewonnen sind, ihre Ware, auf die sie Vorräte bis zu 30 Prozent erhalten, auch zu herabgesetzten Preisen loszuschlagen.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 31. Juli. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 563,58—566,42, Auszahlung Warschau 510 bis 520; in London 0,000011; in Berlin 0,0028.

Warschauer Börse vom 31. Juli. Scheine und Umsätze: Belgien 9700—9400, Danzig 0,165—0,15, Berlin 0,165—0,15, London 915 000—893 000, New York 198 500—195 000, Paris 11 750—11 450, Prag 5775, Wien 282 1/2, Schweiz 35 700—34 800, Italien 3700—3500. — Devisen (Barzahlung und Umfrage): Dollar der Vereinigten Staaten 198 500—195 000, tschechoslowakische Krone 5775, kanadischer Dollar 193 250, französische Krone 11 700, deutsche Mark 0,16—0,14.

Amtliche Deviseanregungen der Danziger Börse vom 31. Juli. 1 Gold. Gulden 418 950,00 Geld, 421 050,00 Br. 1 Pfund Sterling 4887 750,00 Bd., 4912 250,00 Br. 1 Doll. 1 047 375 Bd., 1 052 825 Brief. 100 poln. Mark 563,58 Bd., 566,42 Br. verkehrsfreie Aus-

Zahlung Warschau 548,62 Bd., 551,38 Br. verkehrsfreie Auszahlung Polen —, — Bd., — Br. 1 Fr. Frank 64 837,50 Bd., 65 162,50 Br.

Schlusskurse Danzig vom 31. Juli. Dollar 1 050 000, Polennoten 565, Auszahlung Warschau und Polen 550; Abendfreiverkehr: Dollar 1 025 000, Polennoten 550; Neuyorker Parität 1 111 111,11.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Markt	31. Juli		20. Juli		Münzparität
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland 1 Gulden	428925,00	431075,00	428925,00	431075,00	1.687 M
Span.-Air. 1 Peso	369075,00	370925,00	369075,00	370925,00	1,78
Belgien 1 Franc	52867,50	53132,50	52867,50	53132,50	0,81
Norwegen 1 Krone	175560,00	176440,00	175560,00	176440,00	1,25
Dänemark 1 Krone	195510,00	196490,00	195510,00	196490,00	1,25
Schweden 1 Krone	290272,50	291272,50	290272,50	291272,50	1,25
Finnland 1 fin. Mt.	30423,50	30576,50	30423,50	30576,50	0,81
Italien 1 Lira	47880,00	48120,00	47880,00	48120,00	0,81
England 1 Pf. Strel.	4987500,00	5001250,00	4987500,00	5001250,00	20,43
Amerika 1 Dollar	1097250,00	1102750,00	1097250,00	1102750,00	4,20
Frankreich 1 Franc	63840,00	64160,00	63840,00	64160,00	0,81
Schweiz 1 Franc	194512,50	195487,50	194512,50	195487,50	0,81
Spanien 1 Peset	155610,00	156390,00	155610,00	156390,00	0,81
Tosk. 1 Lira	530670,00	533330,00	530670,00	533330,00	2,09
Rio de Janeiro 1 Milreis	111720,00	112280,00	111720,00	112280,00	1,36
Deutsch-Oesterreich 100 Krone abgest.	1571,00				

Am Sonntag, den 29. Juli, nachmittags entschlief sanft nach kurzen Leiden meine innig geliebte Frau, unsere treulose Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante.

Frau Ida Marlowsta

geb. Bennewitz

im Alter von 69 Jahren 4 Monaten.

In tiefster Trauer im Namen der Hinterbliebenen

Eigentümer

Adam Marlowsta

und Kinder.

Bydgoszcz, 31. Juli 1923.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr vom Trauerhause Nowodworska 5 aus statt.

Bekanntmachung.

Infolge weiterer Erhöhungen der Rohmaterialien sind wir gezwungen, mit Erhöhung der Zeitung

1 3-Pfund-Brot auf M. 8800

1 Pfd. Weizenbrot auf M. 7000

1 Gemmel auf M. 600

zu erhöhen.

Bäderinnung. Schweizerhof.
Bromberger Wirtschaftsverein.

Schuh-Waren

fertig und nach Mass empfiehlt

5010 Otto Bender,

Jezuicka (Neue Pfarrstr.) 17.

Stückkalk

gibt ab Lager ab 7791

J. Pietschmann

Grudziadzka (Jakobstr.) 8. Telefon 82.

Café „BRISTOL“ Diele

ul. Mostowa 5. Inh. Clemens Balcer Telefon 308

Heute Mittwoch, den 1. August: Heute

Großes Konzert

unter dem Titel

Ein Rosen-Fest

der beliebten Kapelle M. Orłowski.

Abwechselungsreiches Programm. Wunderbare Dekorationen.

Beginn des Konzerts um 6 Uhr, des Programms um 8 Uhr.

TANZ! Eintritt frei! ENDE??

Piano-Flügel Harmonium

neu und gebraucht mit Garantie erhalten Sie am besten u. billigsten

im Pianohaus B. Sommerfeld

Pianofortebauerei

Tel. 883. — Sniadeckich 56.

Fotograf. Aufnahmen

in der Stadt und auf dem Lande von Personen, Schulen, Fabriken, Hochsälen, Häusern, und Familiengruppen teine Fahrdienstes und Extratreise Foto-Mal-Atelier

Rubens, Inhaber Josef Uhermann

Telefon 142 Gdanska 153

(Großer Betrieb am Platze)

Weißfohl

jeden Posten waggon- und zentnerweise haben abzugeben

W. Buczkowski & A. Cywiński,

Wielkopolska fabryka kisz. kapusty i ogórków.

Telefon 1902. 8458

Hebamme

nimmt Bestellungen entgegen. 7490

R. Gubinśka,

Bydgoszcz - Wilnostr.

ul. Matki 17, part.

Bersteigerung.

Am Donnerst., d. 2. 8., vorm. 10 Uhr, werde ich ulica Większa 3 (Bolesławie), Hof 773,

2 Sofas, Kleiderschränke, Schreibtisch, Stühle, Bettgestell, Kommoden, Walztheke, Nachttische, Nähmaschine, 1 Sessel, Küchenwand, Wanduhr, Betten, Gardinen, Kippes, Wäsche, Kleidungsstücke, Hausschuhe und vieles andere freiwillig, meistbietend versteigern. Besichtigung 1 Std. vorher.

Mar Eichon

Auktionator u. Taxator

Kontor: Pod blantami (Mauerstr.) Tel. 1030.

Ein Laden

in der ul. Długa oder

ul. Dworcowa gesucht.

Off. erb. u. Nr. 2906 an

die Annoncen - Exped.

C. B. „Express“. Ja-

giellonstra. 8469

Laden

mit Nebträumen, für

jede Branche geeignet,

am Neuen Markt gelegen, zu vermieten.

Aufz. Off. u. P. 7602

an die Gießt. diez. 3tg.

M. Bińciarski,

Telef. 8471

Kontor: Zamostkiego 20.

Echte Schweizer Seidengaze

kenntlich durch 3 rote Streifen in den Kanten.

7235

Messerpicken, Furchenhämmer usw. empfehlen

Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Große Auswahl in modernen elektrischen
Salon-, Speise- u. Herrenzim.-

Kronen, sowie Tisch- u.
Ständerlampen

Elektrotechnisch.
Installationsbüro
Gdańska 16/17

Ausführung
von elektr. Licht-
und Kraft-Anlagen. 7410

Prüfung von Blitzableitern. — Lager
sämtlicher elektrotechnischer Materialien.

B. Jączkowski
Gdańska 16/17 Tel. 930

Kürschnergeschäft

Grodzka 30

S. Blausztein

besitzt große Auswahl in Pelzjäcken verschiedener Farben und
Gattungen, z. B.:

Züchse, Seehunde, Biber, Persianer u. dergl.
zu Konkurrenzpreisen und nimmt gleichzeitig alle Kürschnerarbeiten zur Anfertigung in eigener Werkstatt entgegen. 8310

Gleichstrom- und Drehstrom-Motoren

stets am Lager

Glühlampen und Installations-Material

Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Danzigerstraße 150 a.

Gegründet 1907

Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen.

XX Hüttenföls XX und Steinfohlen

aus besten oberösterreichischen Gruben in allen Sortierungen für Industrie und Hausbrand liefern waggonweise und in kleineren Mengen bei billiger Preisberechnung und nehmen Vorbestellungen entgegen

Schlaat & Dąbrowski
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8a.

Telefon 1923.

Bitte Offeren einfordern.

Handwerker-Verein 1848.

Sonnabend, d. 4. August, v. 5 Uhr ab
in Pahers Lokalitäten

Feier des

75. Stiftungsfestes

verbunden mit
Konzert, Prolog, Vorträgen d. Bromberger Sängerverbands, Festrede, Tanz.

Alle Handwerksmeister mit Familien und Freunde des Handwerks sind herzlich willkommen. 8459

Empfehlung als

Rochfrau.

Otto, Dworcowa 75.

Der Raub der

Gabinettinnen.

Schwank von Franz

u. Paul v. Schönhan.

Borverkauf bei Hecht,

Danzigerstr. 19.

u. Neitzke, Theaterplatz.



Hersteller: Urbin-Werke, Chem. Fabrik
G. m. b. H. Danzig, am Troy.

Pommerellen.

1. August.

Graudenz (Grudziadz).

* Die Feuerwehren des Kreises Graudenz hatten sich vor kurzem auf Anordnung des Starosten an drei verschiedenen Tagen in drei Orten (Al. Darpen, Lessen und Rheden) mit ihren sämtlichen Feuerlöschgeräten zu stellen. Über die dann erfolgte Revision berichtet der Vorsitzende des Pommerellischen Feuerwehrverbandes, Herr Kaszewski, u. a.: Nicht interessant waren die Spritzen vom 18. Jahrhundert und denen gegenüber die neuesten Systeme. Trotz dieses Alters muß man doch anerkennen, daß alle Spritzen gut zu gebrauchen sind. Der Kreis Graudenz hat größere Summen für Feuerlöschzwecke ausgeworfen. Es befinden sich im Kreise Graudenz 63 Spritzen, davon sind 55 große mit Zylinderweite von 100 mm und mehr (fahrbare), 7 kleine und eine Motorspritze. Mithin stehen jedem Amtsvorsteher im Durchschnitt mehrere Spritzen zur Verfügung. Außerdem befinden sich noch andere Feuerlöschereinrichtungen, wie Minimax-Aparate, Feuerreimer usw., da wo keine Spritzen vorhanden sind. Jeder Ort besitzt ein Telefon zum schnellen Ruf um Hilfe. Am Freiw. Feuerwehren sind 4 vorhanden. *

Thorn (Tornu).

* Der Sejmik Powiatowy (Kreistag) hat in seiner letzten Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Das Budget des Landkreises Thorn wird auf 2 384 289 475 Mark festgelegt, die durch Einnahmen gedeckt sind. Gleichzeitig wurde dem Kreisausschuß die Vollmacht gegeben, das Budget in Zukunft nach Blozys (polnischen Gulden) zu berechnen. Neben der eigentlichen Hundesteuer wird noch eine Kreis-Hundesteuer (sog. Danina) erhoben und zwar für jeden Hof und Hütchund ein Bloz, für jeden Luxus- und Jagdhund fünf Blozys. — Für den weiteren Ausbau der elektrischen Überlandzentrale wurde die Aufnahme einer Zwangsanleihe in Höhe von 120 000 Blozys beschlossen. Diese Zwangsanleihe wird unter sämtliche Bewohner des Landkreises verteilt und verrechnet unter die Grund-, Gebäude- und Industriesteuer. Besitzer, deren Grundsteuer das Maximum von zehn Mark nicht übersteigt, sind von dieser Zwangsanleihe frei, können aber solche freiwillig zeichnen. Die Zwangsanleihe wird nach zehn Jahren mit 6 Prozent, gerechnet ab 1. Oktober 1923, zurückgezahlt bzw. in die Steuern gutgeschrieben. — Geschlossen wurde ferner eine Steuer für die Benutzung öffentlicher Wege zum Transport von Dampfsflügen (eine Art Chausseegeld). Auf öffentlichen Gemeindewegen beträgt diese Steuer 1 Bloz pro Kilometer, auf Chausseen $\frac{1}{2}$ Bloz jährlich. Die Gelder fließen in die betr. Gemeinde- oder Kreiskassen, was sich nach der Zugehörigkeit der Wege nach einem oder anderen richtet. Außerdem ist der Dampfsflugbesitzer auch noch für etwaige Beschädigungen der Straßen und Chausseen haftbar. — Zur Deckung des Budgets beschloß man 400 000 Prozent von der Grundsteuer und 200 000 Prozent von der Gebäudesteuer zu erheben. Die Gemeinden sind demnach berechtigt, 200 000 Prozent Zusatz zur eigentlichen Grundsteuer sowie die Kommunalsteuer gesondert zu erheben. **

* Die Thorner Handelskammer wählte zum Vorsitzenden den Buchdruckereibesitzer Buszcański (Brückenstraße), zum stellvertretenden Vorsitzenden Herrn B. Bozakowski. **

* Rechnungszuschlag. Das Elektrizitätswerk nimmt ab 1. August für das Einziehen von Rechnungen, die nicht persönlich von den Konsumenten bezahlt werden, einen Aufschlag, und zwar bis 10 000 M. = 1000 M. über 20 000 M. = 3000 M. **

* Thorner Marktbericht. Der Dienstag-Wochenmarkt zeichnete sich durch große Anzahl besonders von Gemüse (Weiß- und andere Kohlsorten) aus. Wir konnten heute die Feststellung machen, die uns auch von anderer Seite bestätigt wurde, daß in den frühen Morgenstunden bereits ein Kauf auf der von den Landleuten heringebrachten Waren durch hiesige Händler stattfand. In früheren Zeiten war das Aufkaufen von Marktwaren zum Zwecke des Wiederverkaufs verboten, es durfte nicht einmal vor den Toren der Stadt stattfinden. Es ist uns unbekannt, ob ein derartiges Verbot auch heute noch besteht. Seine Erneuerung und strikte Durchführung wäre im Interesse der Bevölkerung sehr erwünscht. Wegen Forderung allzuhoher Pauschalzinsen ist die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen, die kann vermittelnd eingriffen. — Um Kartoffeln, die sehr knapp waren, wurden reine Kämpfe ausgetragen. Der Rentner alter Kartoffeln erreichte heute die Rekordhöhe von 70 000 M.; neue Kartoffeln wurden hundertweise mit 700 Mark verkauft. Der Butterpreis betrug durchschnittlich 18 000 Mark, für die Mandel Eier wurden 16 000 und 17 000 Mark verlangt. **

* Von der Weichsel bei Thorn. Wasserstand am Dienstag, früh 0,45 Meter über Null. — Montag fuhr Dampfer "Refermo" mit zwei mit Strauhwerk beladenen Kahnern Stromaufwärts der Stadt vorbei. Sonst weder Schiffs- noch Tiefenverkehr. **

* Die Thorner Eisenbahnbeförderung wird, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, in letzter Zeit ganz besonders schwach gemacht. Neben den auf der Brücke aufgestellten Polizei- und Militärposten sind auch am Fuße der

Pfeiler auf beiden Landseiten Posten aufgestellt. Der Grund an dieser verstärkten Bewachung ist uns unbekannt. **

* Dirshau (Tczew), 31. Juli. Doch ausgewiesen wurden nunmehr die hiesigen Reichsdeutschen, die seinerzeit, wie gemeldet, einen Ausweisungsbefehl erhielten, welcher aber dann wieder zurückgenommen wurde, so daß mehrere dieser Ausgewiesenen noch hier verblieben. Am Sonnabend ist nunmehr diesen hier zurückgebliebenen, darunter den Kaufleuten Polit und Ebbinghaus von hier sowie Gutsbesitzer Preuß-Narkau und Mühlenspach, der Krüger-Neumühl durch Polizeibeamte mitgeteilt worden, daß sie das polnische Gebiet binnen 24 Stunden zu verlassen haben, und zwar geschah diese Aufforderung nur mündlich, also ohne Überreichung eines diesbezüglichen Schriftstücks. Diese nunmehr endgültig Ausgewiesenen haben es dann auch vorgezogen ihre hiesigen bisherigen Wirkungsstätten, an den sie nach Jahrzehnter Tätigkeit mit allen Fasern hingen, gestern zu verlassen, und zwar wegen der Möglichkeit der Ausweisung ohne jedes Ziel. Nach der hiesigen "Deutschen Zeitung in Pommerellen" soll auch Konditoreibesitzer Biermann, der gleichfalls früher bereits den Ausweisungsbefehl erhielt, dessen Staatszugehörigkeit aber noch nicht geklärt war, jetzt ebenfalls den Befehl zur Auswanderung bekommen haben, jedoch soll ihm eine Frist von 5 Tagen gestellt worden sein.

* Konitz (Chojnice), 31. Juli. Bei dem Gewitter am letzten Sonntag schlug der Blitz in die Zentrale des Elektrizitätswerkes und riß ein Stück vom Dache ab, doch zündete der Blitz nicht.

* Pelpin, 31. Juli. Gerüchte über einen Mord bei Pelpin ließen heute um. Demnach soll am Wege zwischen Pelpin und Janischau gestern abend die Leiche eines Mannes aufgefunden worden sein, der durch Schüsse getötet worden ist. Allem Anschein nach liegt ein Mord vor, da an der betreffenden Stelle auch ein Glied eines Daumens vorgefunden wurde, woraus zu schließen ist, daß vorher ein harter Kampf zwischen dem überfallenen und dem Mörder vorangegangen sein muß. Die Dirshauer Kriminalpolizei hat sich heute vormittag zwecks weiterer Ermittlungen nach hier begeben.

* Soldau (Dzialdow), 31. Juli. Die Berliner Konzert- und Oratoriensängerin Gertrud Barczewski gab am letzten Sonntag in der Notkirche ein Konzert, welches wieder die schönen und gutgeduldeten Stimmittel und das tief künstlerische Empfinden der Sängerin ins helle Licht rückte. Sie sang Mendelssohn-Arien, Beethoven- und Grieg-Lieder mit Wärme und pastosem Vortrag. Ihr zur Seite stand Musikdirektor Willi Liszt aus Graudenz als feinsinniger Begleiter und als Solist mit drei eigenen Harmonium-Fantasien. Margarete Anstatt-Bromberg, als dritte im Bunde, steuerte mit reinem, schönen Ton und feiner Musifität Violinstücke von Händel, Beethoven und Botti bei. — Die Soldauer kleine Künstlergemeinde stand sichtlich im Banne dieses gediegenen Künstler-Trios; man sah leider viele (namentlich aus der Umgegend) — die nicht da waren. Sie haben sich um einen hohen künstlerischen Genuss gebracht.

* Strasburg (Brodnica), 30. Juli. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich Donnerstag abends gegen 9 Uhr kurz vor unserem Bahnhof. Von dem von Jabłonowo kommenden Personenzug entgleisten in der Einfahrtsweiche der Tender der Maschine und der Packwagen. Ein Rettungsszug von Graudenz war bald zur Stelle. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis Freitag früh. Alle Reisenden kamen mit dem bloßen Schreck davon. Wen die Schuld trifft, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. *

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 27. Juli. Sie warten auf Einsperzung. Hier sollen viele Personen, die vom Administrationsgericht zu Geldstrafen oder Arrest verurteilt worden sind, sich in den Gefängnissen melden, um die Strafen im Arrest abzuzahlen. Es ist etwas Eigenartiges, die Menschen vor den Gefängnissen in langer Reihe stehen zu sehen. Der Andrang erklärt sich daraus, daß die Gefängnisse meist überfüllt sind und die Warden nicht aufnehmen können. Die Leitung der Gefängnisse hat nun angefangen, die Warden der Reihe nach aufzufertigen. *

Aus der Frestadt Danzig.

* Zoppot, 31. Juli. Beim Rangieren tödlich verunglückt ist Sonntag mittag der 51jährige Rangierer Pleńkowski auf dem Bahnhof Zoppot. Er geriet zwischen die Puffer und wurde auf der Stelle getötet.

Bloz-Gebührensätze bei der Pommerellischen Landwirtschaftskammer.

Die Pommerellische Landwirtschaftskammer gibt bekannt:

Gestützt auf den Beschuß des Vorstandes vom 11. 4. 23 führt mit dem 1. Juli 1923 die Landwirtschaftskammer die Gebührsätze für die Tätigkeit ihrer Abteilungen nach dem Bloz-Polst ein.

Die Gebühren sind in polnischer Mark zu zahlen, und zwar nach dem Kurse der prozentigen goldenen Staatspapiere am Zahlungstage. Alle am 1. 7. bestehenden und noch nicht erledigten Rechnungen rechnet die Kammer auf Blozys um nach dem Kurse dieses Tages, so daß also vom 1. 7. sämtliche Gebührenberechnungen für die Tätigkeit der Kammer auf der Grundlage des Bloz stattfinden werden. Zensuren werden auf ein Goldäquivalent umgerechnet alle Zahlungen, wie sie in den Prozessien von den Schätzungsgebühren beim Abtaxieren von Gutssobjekten, Produkten, Inventar und ähnlich vorgesehen sind. Die Normen der erwähnten Gebühren sind zum größten Teil nach den Vorkriegsstatuten festgesetzt mit einer Verminderung von 50 bis 75 Prozent. Bei allen Außenarbeiten kommen zu den angegebenen Tarifzäsuren die tatsächlichen Reisekosten hinzu. Vor dem Beginn solcher Arbeiten, die voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden, zieht die Kammer 50 Prozent Vorschuß von den angenommenen Kosten ein."

Die Handelsverträge Sowjetrußlands.

In einer Reihe von Artikeln beschäftigten sich die "Raporta" mit Charakter und der Bedeutung der bisher geschlossenen Verträge Sowjetrußlands mit anderen Staaten. Bis jetzt schloß Rußland Handelsabkommen mit Großbritannien, Italien, Deutschland, Österreich, Norwegen, der Tschechoslowakei und Dänemark ab. Diese Abkommen weisen eine Reihe von zuweilen wesentlichen Abweichungen auf. Bezüglich der Jurisdiktion in Handelsfällen enthalten die Abkommen früher Datums, mit Deutschland und Österreich, die Alternative: entweder deutsche bzw. österreichische Jurisdiktion oder aber die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes. Die russische Jurisdiktion blieb dort unerwähnt. Dagegen kommt diese im Abkommen mit Dänemark unter Wahrung des Prinzips der Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit beider Staaten, je nach dem Transaktionsort, zur Geltung.

Eine weitere Abweichung besteht in bezug auf die Regelung der Rechte der Angehörigen eines jeden der vertragsschließenden Staaten auf dem Territorium des anderen. Während das Abkommen mit England und Italien bloß die Bewilligung für die Handelsaktivität einer beschränkten Anzahl von Angehörigen der vertragsschließenden Staaten vorsieht, schafft das Abkommen mit der Tschechoslowakei die gleiche Rechtslage für alle Angehörigen eines Staates auf dem Territorium des anderen. Auch bezüglich der Handelsaktivität weisen die Abkommen späteren Datums einen Fortschritt gegenüber den früheren auf. Im Gegensatz zu den früheren Abmachungen nennt das Abkommen mit Norwegen bereits von einem besonderen Artikel umfassende Handelsbeziehungen, während in dem Abkommen mit Dänemark auch schon die Formel einer bedingten Meistbegünstigung Aufnahme fand. Artikel 2 dieses Abkommens bestimmt, daß die vertragsschließenden Parteien sich bereit erklären, den Handel zwischen beiden Ländern zu erleichtern; der Handel zwischen beiden Ländern wird keinen anderen Verhinderungen oder höheren Zöllen unterworfen, als jene, die an irgend ein anderes Land angemandelt werden.

Dies bezieht sich auf alle Geschäfte des Außenhandels, sowie auf Konzessionen, Pachtverträge, Transit und Warentransport und auf alle jene Länder, welche Rußland de facto anerkannt haben, während im Falle der Anerkennung Rußlands die jure sejens eines anderen Staates Dänemark das Rektionsrecht vorbehalten bleibt. In dieser Bestimmung, welche nur eine formelle Bedeutung aufweist, sieht die Sowjetregierung einen Präzedenzfall für die zukünftigen Verträge und einen weiteren Schritt zur Annahme eines normalen Handelsvertrages. Die bisherigen Handelsabkommen sind dem Wesen nach politische Liquidierungsakte des früheren Zustandes, wodurch der Handelsverkehr ermöglicht, aber nicht geregelt wird. Normale Handelsbeziehungen können natürlich nur im Wege ordentlicher Handelsverträge geschaffen werden.

Handels-Rundschau.

Der Bedarf an Stickstoffdünger in Polen. Infolge Bergelmanns wird der Bedarf an Stickstoffdünger zum Schwaden der polnischen Landwirtschaft immer noch eingeschränkt. Die große Fabrik in Chorzow erteilt jedoch seit einiger Zeit größere Kredite für Stickstoffdünger. Die Preise werden auch für ganz Polen durch die staatliche Chorzower Fabrik in Umrechnung auf den polnischen Bloz nach dem amtlichen Kurse reguliert, und zwar kostet 1 kg. Stickstoffdünger 1 Bloz. Von Regierungsseite wird in der Landwirtschaft Propaganda gemacht für die Erzeugnisse der Chorzower Fabrik, um die große Einsparung aus dem Auslande einzuschränken.

Rumänische Petroleumindustrie. Während der Kriegsjahre und auch noch in den Nachkriegsjahren sind die französischen Unternehmen "Etablissements de la Charente" von der französischen Regierung gewährt worden, zur Förderung der Petroleumversorgung zusammenzutragen. Aus dem Regierungsanteil am Gewinn dieses Unternehmens, der auf 20 Millionen Fr. geschätzt wird, wird die Regierung nun bestimmte rumänische Petroleumgesellschaften unterstützen. Die betreffenden Gesellschaften müssen als Gegenleistung den heutigen Anteil französischen Kapitals in ihrer Gesellschaft unverändert beibehalten. Die Beihilfen müssen für die Verbesserung ihrer Organisation verwendet werden. Französische Aufträge müssen vor allen anderen erledigt werden. Die bedeutendsten technischen Stellen müssen französischen Ingenieuren vorbehalten werden. Waren französischen Ursprungs müssen bevorzugt werden.

Trinkt Porter Wielkopolski

Lest das Blatt der Deutschen:
die "Deutsche Rundschau".

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

la Leer
Dachpappe
äußerst günstig.
I. Kindenstrauß,
Dworcowa 63, 8362
Tel. 124 u. 139.

Holztonnen

aus genutzt. Stäben mit eisern. Bändern, stabil gearbeit., 74 cm hoch, 30 cm Durchmesser, 37 l Inhalt, 74 cm hoch, 20 cm Durchmesser, 17 l Inhalt, hat in größeren Mengen abzugeben 7523

A. Medzeg,
Gordon.
Telefon 5. Telefon 5.

Gemüllabfuhr
und ander. Fuhrwerke
bei billigster Berechnung
Fuhrhalterei Ostoile,
Berlinstraße 96. Tel. 1778.
8271

Geldmarkt

10-20 Mill.
suche auf 2 Monate zu
leihen geg. hohe Zinsen.
Offer unter W. 8423
a. d. Geschäftsst. d. Stg.

20-30 Mill.
sucht groß. Geschäfts-
unterneh. a. fürze Zeit,
gegen hohe Zinsen, zu
leihen. Off. u. W. 8424
a. d. Geschäftsst. d. Stg.

Heirat

Evol. Deutsche, Ende 20,
ruh., ernst. Wel., v. tief.
Gem., blüdt. Haustrau-
fen, e. Landb., m. 1 Mrz.
Garten, 10 Min. v. ein.
Garnisonstadt Pom.
z.B.-Ausst. vorh., sucht
da ein. leb., v. Lebens-
stam., i. Alt. v. 30-40 J.
Bed. poln. Staatsang.
In Frage kom. i. Szn.
m. g. allg. u. hrznsch. u.
einf. Gel., den. dat. liegt
sich ein. ruh. gem. Heim
z. gr. Bf. Handw. angen.
Bm. nicht erförd. Distr.
geg. u. erw. Nur ermit-
tigt. Off. u. W. 7688 an
die Geschäftsst. d. Stg.

Suche auf die. Wege
die Bekanntschaft mit
Fräulein od. Witwe
aus besl. Haufe zwecks
Heirat. Ein Beamter,
in guter Stellung und
verfüge über ein per-
sönl. Vermögen über
30 Mill. M. Off. unt.
W. 8441 a. d. St. d. Stg.

Beier. Handwerker
mit Vermög., sucht
Damenelb. zw. spät.
Heirat, a. i. v. Lande.
Off. erb. u. W. 2905 a.
Ann. Exp. C. B. Express.
Zagielowista. 8168

Sabritbesitzer
mitte 30er, evgl., allein-
siedend, wünscht n. besl.
Befürstochter. Be-
kenntlich. zw. ehrenb.
Annäherung. Eventl.
Vermittelung durch
Verwandte erwünscht.
Off. m. Bild unt. An-
gabe der Verhältnisse
u. g. 7721 an die Ge-
schäftsstelle d. Zeitung.
Anonym zwecklos.

Öffne Stellen

Suche für meinen
II. Beamten von jof.
oder v. 1. Off. ander-
weitige Stellg. unter-
thet oder als 7623

II. Beamter.
C. Frhr. v. Poleske,
Szwarcz., vov. Tczew
(Dirichau).

Für
Dom. Dobiszewko
b. Golancz
wird zum 1. 10. cr. ein
ev. gebildeter junger
Mann als 7714

Assistent
gesucht. Gesl. Meldg.
mit Lebenslauf und
Zeugn. Abfr. erbitbet
Koppe. Administrator,
Grocholin b. Aczynia.
Jüngeren, durchaus
mächtigen 7722

Erpedienten
der im Bedarfsfalle den
Geschäftsführer ver-
treten muß, sucht zu
 sofortigem Antritt
Nornhans, Velpin.

Für unsere Holzbearbeitungs-Betriebe, in welchen
Türen und Fenster, Küchen-, Schlaf- und Spezialzimmer,
Roh- und Bilderleisten hergestellt werden, suchen wir
per sofort oder später einen tüchtigen, zuverlässigen,
energischen

Betriebsleiter
Es kommt nur eine erste Kraft in Frage, welche
in der Lage ist, die Betriebe, in welchen ca. 400 Arbeiter
beschäftigt werden, technisch und kaufmännisch selbstän-
dig zu leiten. Bewerber müssen Tischlerei-Fachleute sein.
Verlangt wird u. a. sichere Kalkulation, gute Kenntnisse
im Zeichnen und im Allgemeinen. Geboten wird ein
hohes Gehalt und freie Wohnung. 7697

Przemysł drzewny Hermann Schütt, Czersk (Pomorze).

Werfführer.

der imstande ist, den maschinellen
Betrieb eines 2-gatigen Dampf-
Gägewerks zu leiten, möglichst
per sofort gesucht.

Wohnung und Dienstland vor-
handen. Werk liegt im Kreise
Miedzyzdroj (Birnbaum).

Angabe mit Zeugnisabschriften u. Referenzen
unter D. 7700 an die Geschäftsstelle d. Stg.

Buchdruck- maschinenmeister und mehrere Seker

der polnischen Sprache mächtig, finden
dauernde, angenehme Stellung. Entlohnung
laut dem Polener Tarif. 7617

Drukarnia Bydgoszcz
Tow. Stc.

Bydgoszcz, ulica Poznańska 30.

Gtenothpistin

erste Kraft, Bedingung poln. u.
deutsche Sprache. Nur Damen,
die nach kurzen Angaben selb-
ständig korrespondieren können,
wollen sich unter Angabe der
Gehaltsansprüche melden. 7637

J. Wodtke,
Internationale Transporte

Bydgoszcz, ulica Gdańsk 131/2.

Landwirtschaftliche
Maschinenfabrik mit
Reparaturwerkstatt

Pommereilen
sucht tüchtigen,

überlässigen
Meister.

Berlangt werden um-
fangreiche Erfahrungen
im Bau u. Repa-
ratur aller Land-Ma-
schinen. 7625

Bewerber wollen ihre
Gesuche unter W. 7625
an die Geschäftsstelle
dies. Zeitung einreich.

Tüchtige

Löhlergesellen
stellt ein S. Matthes,
Möbelstr. Garbarz 20.
7215

Löschler
für furnierte Möbel
stellt ein 6974

S. Habermann,
Möbelfabrik,
Unt. Lubelskie 9/11.

Möbel-
Löschler
von sofort gesucht. 7735
Motorfahrtengesellschaft
Stadie, Bydgoszcz,
Sienkiewicza 20a.

Geübte

Lobofpader
stellt noch ein 7690
Fabryka papierosów,
tytoni i gilz

„DRUM“ Bydgoszcz
ul. Poznańska 28.

Schriftseherlehrig.
stellt von sogleich ein,
Kof. u. Logis i. Hause.

Kiehm, Buchdruck.,
Kemp. (Poznań).
Für unter Büro hu-
chen wie einen

Lehrling
aus besserer Familie.
Bewerbungen an
Geb. Ramme, Bydg.
Sw. Trójcy 14 b. 7710

2 Laufburschen
stellt sofort ein 8885
Teplik, Bootsbauer,
Sw. Trójcy 6b.

sucht Stelle. 7717

Alsons Piskorski, Gry-
dziadz, Legiemia 8a.

sucht Stelle. 7717

<